

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

DAS DEBAKEL IN SÜDOSTASIEN

Der Zusammenbruch des Regimes Lon Nol in Kambodscha und der fortschreitende Zerfall der Herrschaft Präsident Thieu in Südvietnam markieren einen weiteren Meilenstein auf dem Weg jener Politik des Abbaus weitgespannter Engagements in Südostasien, den die USA beschreiten, seit Präsident *Johnson* in seiner denkwürdigen Rede vom 31. März 1968 das Signal zum Rückzug aus Vietnam gab. Präsident *Fords* Versuche, wenigstens das Tempo der Entwicklung zu bremsen, sind kaum zum Nennwert zu nehmen. Die Aussichten, dass der Kongress sich dazu hergibt, nochmals Gelder für einen Aufschub in Südvietnam locker zu machen, bleiben gering. *Fords* Vorschläge sind denn auch hauptsächlich taktisch motiviert im Hinblick auf die 1976 bevorstehenden Wahlen: die Verantwortung für das Debakel in Südostasien soll dem von der demokratischen Mehrheit beherrschten Parlament überbürdet werden.

Das bevorstehende Ende der amerikanischen Verpflichtungen in dieser Region lässt sich freilich auch aussenpolitisch nicht isoliert betrachten. Als die USA im Zweiten Weltkrieg erneut ihr militärisches und wirtschaftliches Potential in einem bewaffneten internationalen Konflikt einsetzten, trafen sie eine Entscheidung, die ihre künftige Rolle in der Weltpolitik auf lange Zeit hinaus festlegte. Ein Rückzug in die Isolation – wie nach 1918 – war unmöglich. Angesichts der 1945 herausge-

bildeten Bipolarität war der Frieden unteilbar geworden. Indem die Vereinigten Staaten damals ihr System von Verteidigungsbündnissen errichteten und damit eine Solidarität der die gleichen politischen Prinzipien verfechtenden Nationen zu schaffen versuchten, dämmten sie nicht nur die drohende Expansion des stalinistischen Russland ein, sondern dienten gleichzeitig auch der Sicherheit von Amerika selbst, dem die Ozeane nicht mehr genügend Schutz garantierten.

Heute, dreissig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, haben sich manche Voraussetzungen gewandelt. Die Aggressivität Russlands erscheint nicht mehr so unverhüllt wie zur Zeit *Stalins*. Durch den Aufstieg *Chinas* zur Atommacht wie durch die wirtschaftliche Wiedererstarkung *Japans* und *Westeuropas* sind zusätzliche Faktoren ins internationale Kräftespiel gekommen. Eine neue Generation ist herangewachsen, die andere Ideale verfolgt und andere Akzente zu setzen sucht als ihre Vorgänger.

Diese Wandlung des psychologischen Klimas kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass – auf die materiellen Machtmittel der einzelnen Staaten reduziert – die Situation heute jener von 1945 noch weitgehend ähnlich ist. Das *atomare Patt* und die Furcht vor der entsetzlichen und unabsehbaren Gewalt moderner Vernichtungswaffen haben die Wahrscheinlichkeit eines neuen globalen Krieges zwar vermin-

dert und damit paradoxerweise den Spielraum der mittleren und kleineren Mächte erweitert. Letztlich entscheidend aber sind immer noch allein die Supermächte USA und UdSSR. Ihre Beziehungen und ihr natürlicher Interessengegensatz bestimmen weiterhin das internationale Geschehen. Ein Debakel

wie jenes in Südostasien wirkt sich deshalb zwangsläufig auf die gesamte internationale Position der USA aus und damit indirekt auf das durch enge Bande an Amerika geknüpfte Europa.

Alfred Cattani

«SPAREN» UND SPAREN

Der schweizerischen Öffentlichkeit werden gegenwärtig finanzpolitische Wechselbäder verabreicht, von denen kaum jemand wirklich erfrischt werden dürfte. Das Ergebnis ist vielmehr ein Zustand wachsender Verwirrung, der durchaus in finanzpolitisches Wechselfieber umschlagen könnte. Der Grund liegt zunächst in einem massiven Zielkonflikt zwischen dem finanzpolitisch Notwendigen und dem konjunkturpolitisch Wünschbaren. Einerseits lassen Rechnung und Budget des Bundes keinen Zweifel daran offen, dass mit dem Sparen endgültig ernst gemacht werden muss. Das Defizit der eidgenössischen Finanzrechnung 1974 beträgt mehr als eine Milliarde Franken; die Zinsenlast für die Bundesschuld macht im Budget 1975 nicht weniger als 539 Millionen aus. Und beides, Defizit wie Zinsenlast, wird rasch weiter steigen, wenn dem Bund nicht kurzfristig zusätzliche Einnahmen bewilligt werden.

Andererseits haben die Beschäftigungseinbrüche vor allem in der Bauwirtschaft und anverwandten Branchen ein Ausmass angenommen, dass sich die öffentliche Hand nicht nur verpflichtet sieht, auf weitere Kürzungen der Investitionen im Infrastrukturbereich zu verzichten, sondern dass sie im Gegenteil

zusätzliche Investitionskredite als Konjunkturspritze freigeben muss. Wir stehen also vor der schwer verdaulichen Tatsache, dass der Staat einerseits noch mehr sparen, andererseits noch mehr investieren sollte, so oder so aber noch mehr Einnahmen braucht, wenn die Defizitwirtschaft nicht weiter ins Uferlose schlittern soll.

Doch dieser Zielkonflikt zwischen Finanz- und Wirtschaftspolitik darf nicht zu einer Verwischung der mittel- und längerfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen führen. Es besteht nach wie vor kein Anlass zur Annahme, dass die staatlichen Konjunkturspritzen zur Dauereinrichtung werden müssen. Sollte sich aber eine eigentliche Wirtschaftskrise entwickeln, so würde eine generelle Überprüfung der gesamten Politik unausweichlich. Wir dürfen uns mit andern Worten nicht von *dem* Hauptproblem des öffentlichen Haushalts ablenken lassen: die Aufgaben und damit die Ausgaben zu «redimensionieren», um sie besser mit den vernünftigerweise zu erwartenden Einnahmen in Übereinstimmung zu bringen.

Veränderungen im Steuersystem des Bundes sind zwar schon deshalb unausweichlich, weil der integrationsbedingte

Zollausfall eine Verminderung der Bundeinnahmen zur Folge hat, die durch neue, konsequenterweise vor allem indirekte, Steuern aufzufangen ist. Die Situation als ganze aber werden wir nur dann in Griff bekommen, wenn Funktionen und Aufgaben des Staates genau überprüft und in vernünftigen, auf die Finanzkraft abgestimmten Grenzen gehalten werden.

Es geht also, volkstümlich ausgedrückt, schlicht und einfach ums Sparen. Und hier muss sofort festgehalten werden, dass es offensichtlich verschiedene Arten des Sparens gibt. Der Bund hat dies in den letzten Monaten deutlich illustriert. Das Budget 1975 wurde zwar in drei Phasen um fast zwei Milliarden Franken gekürzt: im Rahmen der verwaltungsinternen Budgetvorbereitung im Sommer 1974 um 490 Mio., im Verlauf der parlamentarischen Behandlung um 300 Mio. und nach dem negativen Volksentscheid vom 8. Dezember in der ausserordentlichen Parlamentssession um 1,15 Milliarden.

Das ist nominell eine imponierende Sparübung. Finanzpolitisch gesehen handelt es sich aber über weite Strecken um ein Schwarzpeterspiel mit den Kantonen und mit dem Bürger, indem einfach Aufgaben oder Ausgaben abgewälzt wurden. Zwar muss man in der gegenwärtigen, durch Zeitdruck bestimmten Situation dafür Verständnis aufbringen: Es mussten kurzfristige Lösungen gesucht werden. Mittelfristig haben aber solche «Sparübungen» kaum einen Sinn, da ja die Finanzkraft gesamthaft gesehen durch veränderte Aufteilung des Kuchens nicht grösser wird. Wir müssen uns also endgültig zu einer Straffung der öffentlichen Aufgaben durchringen, und zwar im Detail, das heisst im Verwaltungsstil ebenso wie im grösseren Kontext. Der Zeitpunkt dürfte dafür gegenwärtig günstig sein wie schon lange nicht mehr. Es geht jetzt darum, ihn energisch zu nutzen.

Richard Reich

UNTERNEHMERISCHE BEWÄHRUNGSPROBE

Das Konjunkturbarometer steht nach wie vor auf Tief. Und die Anzeichen, die auf eine rasche Änderung des wirtschaftlichen Klimas schliessen lassen, sind ebenso schwach wie unsicher. Der Konjunkturunbruch, der sich 1974 ankündigte und 1975 mit voller Wucht einsetzte, wird kaum von einer raschen Expansion abgelöst werden, wie das bei den beiden letzten Rezessionen in der Nachkriegszeit der Fall war. Die Charakteristiken der gegenwärtigen Flaute sind anderer Natur.

Der Wandel hat viele Unternehmen

unvorbereitet getroffen. Nach einer Phase beiseitsloser Hochkonjunktur begann der Glaube an die «ewige» Prosperität die unternehmerische Denkweise zu dominieren. Und der mit Inflation gekoppelte Aufschwung provozierte eine Unternehmensstrategie, die auf Überspielen der inflationären Wirkungen durch eine «Flucht nach vorne», durch Ausweitung der Investitionen, angelegt war. Diese Politik hat, wie sich nun deutlich zeigt, dann Gefahren, wenn die Kapazitätsausweitungen vom Markte nicht mehr honoriert,

nicht mehr gerechtfertigt werden. Es gibt offenbar zahlreiche Unternehmen, nicht zuletzt in der Baubranche, die «überinvestiert» in die Rezession steuerten, die deshalb heute vor dem Problem der Kapazitätsanpassung stehen – einem Problem also, das nicht nur von einer Kapitalvernichtung begleitet sein kann, sondern darüber hinaus bei der Umstrukturierung des Belegschaftsbestandes mannigfache heikle menschliche Fragen stellt.

Unternehmensfehler? Das kann gewiss der Fall sein. Schwerwiegender scheint allerdings ins Gewicht zu fallen, dass die Wirtschaftspolitik nicht auch nur einigermaßen imstande war, den Aufschwung, von dem alle zumindest spürten, «dass es so nicht mehr weiter gehen könne», zu zügeln. Der Sturz in der Rezession wird weitgehend durch die inflationär provozierte Überhöhung in der Expansionsphase bestimmt.

Für den Unternehmer stellt sich in der Aufschwungsphase die Frage nach einer autonomen Selbstbeschränkung kaum, sondern vielmehr steht die Wahrnehmung von Marktchancen im Vordergrund. Für die Wirtschaftspolitik allerdings stellt sich die Frage, die Marktchancen so zu dimensionieren, dass der Aufschwung nicht einer Eigendynamik verfällt, die die aufgebauten Kapazitäten nach dem Überschreiten des Kulminationspunktes im Boom nicht mehr durchzuhalten vermag. Wer die Dinge so betrachtet, wird notwendigerweise zu folgern haben, dass die Schwierigkeiten, mit denen nun die Unternehmen zu kämpfen haben,

durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik zumindest «mitverschuldet» worden sind.

Die Schuldfrage stellen heisst im Falle der Schweiz, bei der Suche nach einer Antwort sofort den Nachsatz beifügen, dass sie nicht personalisiert werden kann – und auch nicht personalisiert werden sollte. Die Suche nach einer Antwort führt aber in direkter Linie zur Erkenntnis, dass das wirtschaftspolitische System, die wirtschaftspolitische Meinungsbildung in unserem Lande, trotz der Ablehnung des Konjunkturartikels weiter der Überprüfung bedarf. Und dies in der Überzeugung, dass an einer effizienteren, an einer zielgerichteteren Wirtschaftspolitik vor allem der Unternehmer ein Interesse haben sollte, weil er – die heutigen Zeiten belegen dies im Übermass – in erster Linie die versalzene konjunkturpolitische Suppe auszulöffeln hat.

Freie Wirtschaft postuliert unternehmerische Freiheit innerhalb der Grenzen möglichst geringer nomineller Wachstumsschwankungen. Wird dieses Ziel – aus welchen Gründen auch immer – nicht erreicht, so liegt eine marktwirtschaftliche Fehlentwicklung vor, die unweigerlich früher oder später ihrer Selbstkorrektur ruft. Und es ist dann nicht zuletzt wiederum der Unternehmer, der mit seinem Verhalten in der «Redimensionierungsphase» darüber entscheidet, ob sie von der Marktwirtschaft ohne Dauerschaden überstanden werden kann.

Willy Linder

ZWEI JAHRE FLOATING DES SCHWEIZERFRANKENS

Am 23. Januar waren zwei Jahre vergangen seit jenem bedeutungsvollen Entscheid der Schweizerischen Nationalbank, von weiteren Interventionen am Devisenmarkt abzusehen. Mehr als zwei Jahre Erfahrung reichen aus, um die von seiten der nationalökonomischen Theorie schon seit langem geforderte Freigabe der Wechselkurse auf ihren praktischen Wert zu überprüfen. Aus Kreisen der Exportindustrie wird nach wie vor auf die Nachteile dieses Systems hingewiesen, insbesondere im Blick auf die Erschwerung des internationalen Güteraustausches, vor allem aber in Anbetracht ihrer eigenen Interessen an der Tiefhaltung des Schweizerfrankenurses. Die gewaltigen Vorteile der vor zwei Jahren – allerdings weniger aus grundsätzlichen Überlegungen als aufgrund des Druckes der Verhältnisse – eingeführten Neuerung liegen auf einer anderen Ebene, nämlich in der Möglichkeit, eine von den internationalen Geldströmen unabhängige Geldpolitik betreiben zu können, was für eine erfolgreiche Konjunktur- oder Preisstabilitätspolitik absolut erforderlich ist. Die zugegebenermassen mit dem Floating verbundenen Nachteile für die internationale Arbeitsteilung sollen keineswegs bagatellisiert werden, sie sind aber von zweitrangiger Bedeutung. Um eine Ideallösung zu finden, müsste ein System gesucht werden, das zwar flexible Wechselkurse als Grundlage hat, grössere kurzfristige Kursausschläge aber vermeiden lässt. Nachstehend sei versucht, den Erfolg der letzten zwei Jahre mit flexiblen Wechselkursen zu untersuchen. Dieses Unterfangen ist nicht ganz leicht, da wir die

tatsächliche Entwicklung unserer Wirtschaft nicht mit derjenigen früherer Jahre vergleichen können, sondern untersuchen müssen, ob die Wirtschaftsentwicklung günstiger oder ungünstiger verlaufen wäre, wenn das System von Bretton Woods der festen Wechselkurse beibehalten worden wäre.

Das System fester Wechselkurse

Wäre das System fester Wechselkurse beibehalten worden, so wäre unser Land von gewaltigen Kapitalzuflüssen überflutet worden. Waren es zunächst die enormen Bewegungen aus dem Dollarraum, so kamen im Gefolge laufend Fluchtgelder aus Ländern mit wirtschaftlichen und politischen Krisenzuständen hinzu, und schliesslich war die im Zusammenhang mit den Erdölpreiserhöhungen stehende gewaltige Umverschiebung der internationalen Anlagekapitalien nicht dazu angetan, eine ruhigere Entwicklung für unser kleines Land zu erwarten.

Die Folgen derartiger Kapitalzuflüsse wären – bei festen Wechselkursen – für unser Land schlechterdings verheerend ausgefallen. Die Schweizerische Nationalbank hätte alle ihr angebotenen fremden Währungen zum unteren Interventionspunkt übernehmen und den Gegenwert in Schweizerfranken auszahlen müssen. Dadurch wäre der Geldumlauf gewaltig angestiegen, wodurch unsere Inflationsbekämpfung machtlos geworden wäre. Eine wesentlich höhere als die tatsächlich eingetretene Inflationsrate wäre unvermeidbar gewesen. Freilich hätte unser

Land die fremden Währungen nicht unbeschränkt stützen können. Der Franken hätte in mehreren Schüben aufgewertet werden müssen. Dabei wäre aber der unerwünschte Kapitalzustrom und die damit verbundene Ausdehnung des Schweizerfranken-Geldvolumens nicht unterbunden worden, da Aufwertungen jeweils erst nach eingetretener Überflutung durch Fluchtgelder erfolgt wären. Wir können somit festhalten, dass wir ohne Floating eine gewaltige inflatorische Ausdehnung des Geldvolumens hätten in Kauf nehmen müssen, wobei der durch Aufwertungen bedingte Anstieg des Schweizerfrankens etwas niedriger ausgefallen wäre als beim System des Floatings. Andererseits wären die täglichen Kursschwankungen auf dem Devisenmarkt geringer ausgefallen.

Erleichterung für die Geldpolitik

Durch die Einführung flexibler Wechselkurse haben sich die Möglichkeiten der Schweizerischen Nationalbank zur Regulierung der Geldmenge ganz entscheidend erweitert. Da Inflationsraten, Zinssätze und Konjunkturverlauf in den einzelnen Industriestaaten keineswegs einheitlich verlaufen, musste es unter dem früheren System fester Wechselkurse notwendigerweise häufig zu fundamentalen Ungleichgewichten der Zahlungsbilanz kommen. Angesichts der Priorität, die auf die binnenwirtschaftliche Stabilität des Preisniveaus und der Konjunktur – unter Vernachlässigung des zweitrangigen Zieles eines stabilen Aussenwertes der Währung – gelegt wird, blieben als ultima ratio der Währungspolitik stets nur die Paritätsänderungen. Für unser Land hat die Einführung des Floatings die grosse Ge-

fahr einer weiteren, durch den Zustrom ausländischer Gelder bedingten inflationären Ausdehnung des Geldvolumens abzuwehren vermocht. Die Vermeidung eines zusätzlichen Inflationsschubes war in zweifacher Hinsicht gegeben. Einmal – wie bereits erwähnt – wurde die Schweizerische Nationalbank der Pflicht enthoben, durch Ankauf der zuströmenden Devisen zum unteren Interventionskurs die Geldmenge in Schweizerfranken zu erhöhen. Zum andern wurden durch die laufende Höherbewertung unserer Valuta die steigenden Preise ausländischer Güter in der Schweiz nicht voll wirksam. Die Importierung eines zusätzlichen Inflationsschubes konnte in diesem Sinne verhindert werden. Das ohnehin grosse Problem der Inflation hätte bei Weiterbestehen fester Wechselkurse katastrophale Ausmasse angenommen. Das Vornehmen gelegentlicher Aufwertungen hätte daran wenig geändert, da Paritätsänderungen bekanntlich erst vorgenommen werden, nachdem bereits gewaltige Kapitalzuflüsse erfolgten und nachdem die Exportindustrie und damit der ganze Konjunkturverlauf gewaltig angeheizt wurden.

Die gesamtwirtschaftlichen Probleme sind in der jüngsten Zeit grösser geworden. Obschon das Problem der Inflation einer Lösung kaum wesentlich näher gerückt ist, machen sich bereits deutliche Zeichen einer grösseren Rezession bemerkbar. Je mehr das eine Übel mit den Methoden der Geldpolitik, das heisst mit der Einflussnahme auf die Geldmenge und die Zinssätze vermindert wird, desto grösser wird das andere Übel. Dazu gesellt sich der Umstand, dass die Entwicklung von Preisniveau und Beschäftigung in der jüngsten Vergangenheit in den verschiede-

nen Industriestaaten noch weniger parallel verläuft als früher. Da heute aber kein Land mehr bereit ist, seine binnenwirtschaftliche Stabilität nur um des Zieles eines stabilen Aussenwertes seiner Währung von vornherein aufs Spiel zu setzen, müssen sich die Wechselkurse notgedrungen weiterhin ständig verändern. Das Ausmass dieser Änderungen dürfte eher im Steigen begriffen sein. Die Theorie zeigt nun, dass gleitende Wechselkurse dem System sogenannter fester Wechselkurse mit sprunghaften Paritätsänderungen vorzuziehen sind. Die Praxis hat diese Lehrmeinung bestätigt.

Erschwernis für den internationalen Gütertausch

In Kreisen der Exportindustrie wird allgemein darauf hingewiesen, dass die Einführung flexibler Wechselkurse für den internationalen Gütertausch und damit die internationale Arbeitsteilung eine grosse Erschwerung bedeute. Die täglichen Schwankungen der Devisenkurse haben in der Tat beträchtlich zugenommen, was die Kalkulation sicherlich erschwert. Andererseits sind die Kurssicherungskosten über den Devisenterminmarkt kleiner geworden, was wiederum ein Vorteil ist. Unter dem System fester Wechselkurse musste der Terminabschlag in Erwartung von Abwertungen gelegentlich ein viel grösseres Ausmass annehmen, als wenn der Kassakurs sich wie der Terminkurs frei nach den Marktkräften einpendeln kann. (Unter dem System «fester» Wechselkurse wurden nur die Kassakurse, nicht aber die Terminkurse durch Interventionen gestützt). Ein unsicheres Gefühl in der Exportindustrie

bleibt aber dennoch angesichts der beunruhigenden Kurzfristigkeit der Kurschwankungen, obschon sich günstige und weniger günstige Kurse über eine lange Periode kompensieren können. Besonders interessiert wäre die Exportindustrie an einer marktwidrigen Tiefhaltung des Schweizerfrankenkurses über längere Zeit, um dadurch – in Schweizerfranken ausgedrückt – grössere Exporterlöse zu erzielen. Aus stabilitätspolitischen Gründen dürfen unsere Währungsbehörden einem Begehren auf derartige Sondervorteile einer Branche aber unter keinen Umständen entsprechen.

Die Entwicklung der Aussenhandelsstatistik lässt den Schluss zu, dass die Behinderung des Aussenhandels durch das Floating viel weniger gravierend war, als allgemein angenommen wurde. Es ist zu berücksichtigen, dass die Verschiebungen der Devisenkurse wenigstens teilweise aus den unterschiedlichen Inflationsraten resultierte und deshalb die Verschlechterung der Wettbewerbsposition der schweizerischen Exportindustrie nicht so gross war, wie dies aufgrund des Aufwertungssatzes des Schweizerfrankens hätte vermutet werden können. Immerhin werden an die Geschäftsführer der Exportbetriebe grössere Anforderungen gestellt. So gesellt sich zum gestiegenen administrativen Aufwand oft die Notwendigkeit, auf die Märkte anderer Länder mit verhältnismässig hoch notierenden Währungen umzustellen. Das strikte Festhalten an der Fakturierung in Schweizerfranken nützt dagegen wenig, da dies nur die Verlagerung des Problems auf den ausländischen Importeur zur Folge hat, der seinerseits das Währungsrisiko einkalkulieren muss.

Nachdem die Exportindustrie in früheren Jahren von den festen Wechselkursen und damit von einer Unterbewertung des Schweizerfrankens profitieren konnte, leidet sie nun im Zuge des Floatings und des Zustroms internationaler Anlagegelder am erfolgten imposanten Kursanstieg unserer Währung. Festzuhalten ist aber, dass die Absatzmärkte im Ausland nicht für alle Branchen gleichermassen preisempfindlich sind. Während in der Maschinenindustrie der Auftragsbestand recht gross geblieben ist, leiden insbesondere die Schuh-, Textil- und Uhrenindustrie an der durch die Marktkräfte verursachten Höherbewertung des Frankens. Man muss sich allerdings hüten, die Währungslage als alleinige Ursache für die heikle Lage einzelner Wirtschaftssektoren anzusehen. Zu erwähnen ist etwa, dass bei arbeitsintensiven Branchen (zum Beispiel Schuhindustrie) die Schweiz auch in früheren Jahren nicht ausgesprochen konkurrenzfähig war und dass im Zuge der allgemeinen Rezession auf hochwertige Luxusgüter (zum Beispiel teure Uhren) verhältnismässig rasch verzichtet wird. Die im Gang befindlichen Strukturereinigungen unserer Wirtschaft sind somit aus verschiedenen Gründen unvermeidlich geworden.

Die ungünstige Lage einzelner Exportbetriebe und -branchen führte zu Forderungen nach flankierenden Massnahmen zum System flexibler Wechselkurse, wobei nebst der bereits erfolgten drastischen Erhöhung des Negativzinses für ausländische Guthaben auch etwa an die Wiedereinführung eines allgemeinen Anlageverbotes für ausländische Gelder gedacht wird. Abgesehen von den immer vorhandenen Umgehungsmöglichkeiten solcher dirigistischer Ein-

griffe sind diese aber in grundsätzlicher Hinsicht problematisch, da sie eine Diskriminierung des monetären Sektors unserer Wirtschaft bedeuten. Andere Forderungen gehen in Richtung einer teilweisen Aufhebung flexibler Wechselkurse, was aber aufgrund des bereits Gesagten gefährlich werden könnte. Skeptisch zu beurteilen ist daher wohl ein Anschluss an die europäische «Währungsschlange», was der Exportindustrie wohl auch kaum viel nützen würde, da die Blockstaaten wahrscheinlich bei der Festsetzung von Paritäten von den heutigen Kursen ausgehen würden. Auch ein gespaltenen Devisenmarkt in einen kommerziellen Markt mit festen Paritäten und einen Markt für Finanztransaktionen mit flexiblen Kursen dürfte die Lage der Exportindustrie kaum nachhaltig verbessern. Eine solche «Lösung» wäre zudem nicht wettbewerbsneutral, indem der schweizerische Finanzplatz in der internationalen Konkurrenzsituation benachteiligt würde. Vor allem aber wäre ein mit der freien Wirtschaft kaum zu vereinbarender Kontrollapparat nötig, der überdies ausserordentlich teuer zu stehen käme. Grosse Probleme ergäben sich bei der Zuordnung der Transaktionen zum einen oder andern Markt (man denke etwa an die international tätigen Versicherungsgesellschaften, deren Zahlungen teils Vergütungen für Dienstleistungen und teils Kapitalverkehr darstellen) sowie bei der Festsetzung der Höhe des Handelskurses (sofern dieser nicht ebenfalls frei schwanken soll). Wie die Erfahrungen Frankreichs und Belgiens zeigen, dürften Handels- und Finanzkurs nur wenig auseinanderklaffen, da sonst der Anreiz zu Umgehungsgeschäften viel zu gross wird. Ist diese Differenz aber nur

klein (etwa 2 bis 3 Prozent), so ist der Exportindustrie wenig geholfen; der enorme Aufwand sowie die systembedingten Nachteile wären jedenfalls ein viel zu hoher Preis. Grössere und längerfristige Kursbewegungen konnten in vergangenen Jahren bei «festen» Wechselkursen nicht verhindert werden, sie könnten auch durch gespaltene Kurse kaum aufgehalten werden.

Gefahren für die Banken

Die allzu lange Blockierung der Wechselkurse auf einem unrealistischen Niveau hatte zur Folge, dass unter dem System des Floatings die Kursentwicklung einen wenig kontrollierten Verlauf nahm. Da aber angenommen werden kann, dass die grössten Kursanpassungen nun erfolgt sind, kann erwartet werden, dass das Kursgeschehen künftig weniger hektisch vor sich gehen wird. Das wäre auch für das Bankgewerbe vorteilhaft, das auf das neue System nicht genügend vorbereitet war. Das Volumen an Devisentermintransaktionen hat ein gewaltiges Ausmass angenommen. Bei grösseren kurzfristigen Kursschwankungen ergaben sich für unsere Finanzinstitute zwar gewaltige Gewinnmöglichkeiten, doch wurden – wie dies einige Bankpleiten deutlich bewiesen – die damit verbundenen Gefahren und somit auch die Gebote einer seriösen Geschäftsführung in einigen wenigen Instituten missachtet. Aber nicht nur die Geschäftsleitungen der Banken, sondern auch die Behörden wurden durch die gewaltige spekulative Ausdehnung des Devisenterminhandels überrascht. Die eingeführte Meldepflicht für Devisentermingeschäfte kann – obschon die übertriebene Devisen-

spekulation eher im Abklingen begriffen ist – nur als eine milde, höchstens psychologisch wirkende Massnahme bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, dass die Banken angesichts ihrer bedeutenden Stellung im Wirtschaftsleben verhältnismässig streng beaufsichtigt sind.

Als Folge der politischen und wirtschaftlichen Stabilität unseres Landes, vor allem aber wegen des weitreichenden Bankgeheimnisses sind unsere Finanzinstitute zu beliebten Sammelbecken für Fluchtgelder geworden. Ein Privatbanquier schätzte, dass der schweizerische Bankenapparat nicht weniger als 100 Milliarden Dollar an Vermögenswerten seiner in- und ausländischen Kundschaft verwalte. Nachdem ein Grossteil dieser Gelder in ausländischer Währung angelegt wurde, ergaben sich nach der Preisgabe der festen Parität und damit der chronischen Unterbewertung unserer Währung erhebliche Verluste für die Anlagekundschaft. Der unglückliche Zufall wollte es, dass sich zu den Währungsverlusten noch die Verluste im Gefolge des gestiegenen Zinsniveaus und der sich anbahnenden Rezession gesellten. Damit werden die Vermögensverwalter gezwungen, sich vermehrt mit gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zu befassen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die zahlreichen Vermögens- und Anlageberater dieser Aufgabe keineswegs immer gewachsen waren.

Der Blick auf das Devisengeschäft und das Kapitalanlagegeschäft beweist, dass viele Banken ein beachtliches Lehrgeld bezahlen mussten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einzelne Banken jahrelang nur den Teufel an die Wand gemalt beziehungsweise auf die angeblich gewaltigen Gefahren

flexibler Wechselkurse hingewiesen hatten, anstatt sich mit den Konsequenzen für ihre Unternehmen zu befassen, die sich aus dem absolut notwendigen Übergang zum Floating ergeben mussten.

Vom reinen zum kontrollierten Floating?

Es ist verständlich, dass die Schweizerische Nationalbank lange Zeit auf jegliche Intervention zur Beeinflussung der Kursgestaltung auf dem Devisenmarkt verzichtete. Der Ausgangspunkt war wenig günstig; die Devisenkurse waren stark verzerrt, indem sie jahrelang auf unrealistischem Niveau gestützt wurden. Mit einem längeren Anpassungsprozess war daher zu rechnen. Hinzu gesellten sich die grossen Schwächeanfänge der amerikanischen Valuta und die Erdölkrise mit dem damit verbundenen Anschwellen der sogenannten Petrodollars, die jederzeit einen unerhörten Einfluss auf den Kurs des Schweizerfrankens haben konnten. Unter diesen Umständen musste unser Noteninstitut bei der Frage, ob extreme Ausschläge durch Interventionen geglättet werden können, äusserst zurückhaltend sein.

Die kurzfristigen grossen Kursausschläge sind aber zugegebenermassen eine Erschwerung für den internationalen Handel. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn die Zentralbank die Währung in ihren grossen Bewegungen frei schwanken liesse, die kurzfristigen Bewegungen aber durch gezielte Inter-

ventionen auszugleichen versuchte. Es müsste aber darauf geachtet werden, dass keineswegs über längere Zeit nur gekauft oder verkauft würde, wodurch die Erfordernisse der auf die inländische Wirtschaftsentwicklung ausgerichteten Geldpolitik in einem ungünstigen Sinne beeinflusst werden könnte. Die Anforderungen an die Notenbank wären dabei sehr gross, müsste sie doch bei jeder Kursänderung der Währung beurteilen können, ob es sich nun um einen kurzfristigen Ausschlag oder um den Anfang eines langfristigen Anpassungsprozesses handle. Für diese Aufgabe wäre ein besonders ausgeprägtes Fingerspitzengefühl erforderlich. Die seit anfangs 1975 durch die Schweizerische Nationalbank erfolgten Interventionen zur Vermeidung eines weiteren Abgleitens des Dollarkurses lassen darauf deuten, dass bei unserem Noteninstitut die Möglichkeiten in dieser Hinsicht abgetastet werden. Dieser Versuch, dem System flexibler Wechselkurse auch die Vorteile fester Wechselkurse einzubauen, kann auf alle Fälle begrüsst werden. Ob es aber möglich sein wird, vom reinen Floating ohne jegliche Intervention der Zentralbank zum kontrollierten Floating mit stetigen Auf- und Abwärtsbewegungen in der Devisenkursentwicklung überzugehen, kann heute noch kaum beurteilt werden. So oder so darf aber gesagt werden, dass sich der Übergang zu flexiblen Wechselkursen für unsere Wirtschaft als rettende Massnahme bestens bewährt hat.

Robert Straub

SPEKULATION ÜBER ÖL

In den westlichen Industrieländern sind verschiedene Reaktionen auf die ausserordentliche Steigerung der Ölpreise seit dem Herbst 1973 zu beobachten:

- Man spart. Die Erdölpreise sind nun doch so hoch, dass es sich lohnt, etwas weniger zu heizen, etwas weniger Auto zu fahren. Man besinnt sich auch, welche anderen Energiequellen für die Versorgung des einzelnen Haushalts in Frage kommen könnten.
- Man sucht fieberhaft nach alternativen Energieträgern. Erdöl wird ausserhalb des mittelöstlichen Raums gesucht und gefunden. Man besinnt sich auf Kohle und Braunkohle.
- Man fördert die Energieforschung und plant Einfuhrabgaben auf Erdöl, um Dumping zum Nachteil von alternativen Energieträgern zu verhindern.
- Die Energiekrise hat eine Verstärkung der gegenwärtigen Rezession ergeben, die selbst wiederum eine Reduktion der Nachfrage nach Erdöl hervorruft.

Das Resultat ist ein massiver Rückgang der Exporte der OPEC-Staaten. Die Reduktion betrug im Februar 1975 10–15% gegenüber dem Durchschnitt von 1974; es gibt auch Anzeichen für Meinungsverschiedenheiten über die zu verfolgende Preispolitik unter den Mitgliedern des Ölkartells.

In den OPEC-Staaten andererseits besteht die Reaktion auf die stark erhöhten Einkünfte darin, dass man grosse und grösste, manchmal phantastische Entwicklungsprogramme lanciert. Schulen und Spitäler, moderne Armeen,

Autobahnen, Industrieansiedlungen, Atomkraftwerke, und was sonst die westliche Wirtschaft an Errungenschaften aufzuweisen hat, das erträumt man – und man bestellt es in den westlichen Ländern, die so gern liefern und ihre Dollars rezirkulieren möchten.

Dass man sich in diesen Ländern sachlich oft überengagiert, ist evident. Die Oberschicht ist bestens ausgebildet, aber extrem dünn. Die personelle und materielle Infrastruktur, die notwendig ist, um solche Grossprojekte abzuwickeln, fehlt und lässt sich über Nacht nicht herzaubern.

Es könnte sehr wohl sein, dass man sich auch finanziell überengagiert, dass man zu viele Grossprojekte gleichzeitig in Angriff nimmt und die sich ergebenden Infrastrukturaufgaben unterschätzt, dass man zum Schluss die errichteten Anlagen mangels Fachpersonal nur schlecht ausnützt und keine Erträge hat.

Wenn dann gleichzeitig der Erdölmarkt wieder zu einem Käufermarkt wird, dann könnte es sein, dass das OPEC-Kartell aufbricht, weil diejenigen, die sich so grossartig engagiert haben, Geld brauchen, um ihre Verträge zu honorieren und ihre Werke fertig zu finanzieren. Es könnte wohl sein, dass der ganze Reichtum à la 1001 Nacht wie ein Spuk verschwindet und ein Schuldenberg und eine Anzahl halbfertiger Grossprojekte übrigbleiben.

Für die westliche Welt wäre es wohl ratsam, nicht alles auf die Karte der Ölländer zu setzen; es könnte sein, dass man Märkte und Kunden heute vernachlässigt, die man morgen gerne gepflegt hätte.

Heinz Albers

VERALLGEMEINERUNGEN

Eindrücke aus Amerika und der Schweiz

Feststimmungen lassen sich gottlob nicht imitieren. Ich erinnere mich, hinter dem Lebhag die Gardenparty in einer luxuriösen Bodensee-Villa beobachtet zu haben. Die tüchtigen Thurgauer mit den Whiskygläsern, die sich leger zu geben versuchten, wirkten äusserst peinlich. Andererseits haben wir jetzt gerade einen gutgemeinten Versuch im College hinter uns, Fasching in deutscher Manier zu feiern. Eine Menge Aufschriften mit der Aufforderung, Stimmung zu schaffen, waren zwar zu finden, und das Lustigste waren zwei Studentinnen aus den Anfängerkursen, die mit ihrem Wörterbuch gekommen waren und pflichtgemäss das Wort Stimmung zu verstehen versuchten. Daneben viel Verklemmtheit und Partyfloskeln mit dem Bierglas in der Hand. Gelegentlich, bei all den an sich hochanständigen Leuten, Kleinigkeiten, die ein Europäer unter Umständen als ein bisschen indezent empfindet (ein Mädchen, das sich als Schwangere verkleidet, das andere, das sich für diese Schwangerschaft zu interessieren vorgibt ...). Witzige Lustigkeit oder Stimmung ist offenbar nur in der jeweiligen Heimat unter vertrauten Umständen möglich. Amerika, wo so viele Neueingewanderte leben und wo man sich im Alltag – vorsichtshalber – betont optimistisch-beiläufig gibt, hat andere Voraussetzungen für Verulkung als Europa. Weil man sich im Alltag gewöhnlich sehr davor scheut, grobe Urteile über andere zu fällen, rutscht man, immer nach unserem Empfinden, in schnitzelbankartigen Verspottungen rascher ins Grobianische aus.

Im Philadelphia Museum of Art in der Stern-Collection. Ein Neger zeigt am Sonntagmorgen seinen beiden fröhlichen Knaben einen Corot und einen Rembrandt. Einer der Knaben interessiert sich für die Lebensdaten der Maler. Sein Bruder, der schon lesen kann, gibt stolz die nötige Information über Rembrandt: «... and than he was killed 1669.»

Zwei Kollegen, der eine Mathematiker, der andere Slawist, unterhalten sich vor dem Abendessen über ihre Studentenzeit in Harvard: die bedeutenden Lehrer, die sie gehabt hätten, die Feuerstätten, die in jedem Collegezimmer vorhanden gewesen seien, das Studentenleben im allgemeinen, all das ist in bester Erinnerung. Auch bei andern Akademikern aus der Ivy-League habe ich immer wieder Unterhaltungen von ähnlicher Hochgestimmtheit mitangehört. Die Tonlage ist anders, als wenn sich zwei in Zürich, Bern oder Göttingen Promovierte über die Vergangenheit unterhalten. Vertreter einer modernen amerikanischen Gelehrtenrepublik empfinden sich als solidarisch – eins in ihrem Denken, wie sich nach meiner Beobachtung in der Schweiz nur Männer im Gespräch über den Militärdienst in vollem Einverständnis fühlen können. Man spricht die gleiche Sprache, denkt auf dem gleichen Niveau, hat einen ähnlichen Sinn für Humor. Dabei wirkt das Einverständnis nicht unangenehm selbstbewusst, nicht geheimbündlerisch. Man weiss einfach, woran man ist, wenn man einen Alumnus von Yale, Harvard oder Princeton, eine Alumna von Radcliff, Smith oder Vassar trifft.

Ob das so bleibt, seit, rein von der wissenschaftlichen Kapazität aus gesehen, Berkeley, Stanford, Ann Arbor Gleiches oder Besseres bieten? Oder wird auch in Zukunft die Tradition innerhalb der genannten elitären pädagogischen Provinzen die Studenten besser prägen, als es irgendeine Riesenuniversität könnte?

Neid ist hierzulande, wie schon oft bemerkt, selten. Ich erinnere mich andererseits an den Besuch in einem deutschen Universitätsseminar. Wie rasch waren da während einiger «kollegialer» Gespräche abschätzige Bemerkungen über Fachgenossen zur Hand! Möge uns das angelsächsische Professorentum erhalten bleiben. Wie traurig wäre es, wenn infolge der wirtschaftlichen Krise diese ehrenwerten Privatunternehmen nicht überleben könnten.

Bei der Besprechung von Thomas Manns «Felix Krull» kommen wir auf die Redensart «Den Seinen gibt's der Herr im Schlafe» zu sprechen. Ein englisches Äquivalent der Wendung existiert nicht. Salomos Verse im 127. Psalm «Es ist umsonst, dass ihr früh aufstehet und hernach lange sitzt und esset euer Brot mit Sorgen; denn seinen Freunden gibt er's schlafend» ist hierzulande offenbar nicht popularisiert worden. Weil Zeit immer Geld ist, wie eine Studentin mir zu erklären versucht?

Eine Neuengländerin macht sich Gedanken über den europäischen Grammatikbuch-Pessimismus. Ein Übungssatz in Schulz-Sundermeyers «Deutscher Sprachlehre für Ausländer» zum Beispiel lautet «Das Leben der meisten Menschen ist reich an Mühe, Sorge und Not, aber arm an Glück und Freude». Solche Äusserungen stehen in krassem Gegensatz zu den fröhlichen

Aussagen in amerikanischen Lehrbüchern, wo Tom oder Jim stets fröhlich durch deutsche Gaue ziehen, bestimmt einmal nach Heidelberg kommen und noch bestimmter in München mit lustigen Bayern im Hofbräuhaus Bier trinken.

«Privacy» scheint eines der wichtigsten Idole der Amerikaner zu sein. Von der naiv-stolzen Erklärung einer Apartementsbewohnerin, ihre Wohnung habe viel Privacy, das heisst wohl, sie könne ungestört von den Misshelligkeiten der modernen Gesellschaft ihren Feierabend verbringen, ihr Glück im Winkel mit TV geniessen, über analoge Äusserungen von Berufsleuten, die Geschäft und Privatangelegenheiten aufs korrekteste auseinanderhalten, bis zur Familie, wo der Ehepartner sich nicht darum zu kümmern scheint, wenn der andere einen Tag weg war und bei der Rückkehr sagt «that's private ...», immer wieder beobachten wir einen psychologischen Separatismus, der den Alltag teils bequemer macht, teils enthumanisiert, wie wir denken. Die Ehe wird zur Partnerschaft, der Beruf zum Tätigkeitsfeld, wo persönliche Meinungsäusserungen stören. Ist das die Abgeschlossenheit, die die amerikanische Gesellschaft im allgemeinen so frei und offen macht? Ermöglicht privater Separatismus Flexibilität im grossen? Am strahlendsten Frühlingstag sind bei unseren Nachbarn heruntergelassene Vorhänge oder Storen zu sehen, dafür geben die elektrischen Lampen im Wohnzimmer Licht. So separiert man sich von der Umwelt. Andererseits fehlt die Vorliebe für Umzäunungen. Selbst die exklusivsten Besitzungen sind selten gegenüber dem Nachbarland künstlich-unschön abgegrenzt.

Wie Privacy ein Idol, scheint Gleich-

heit ein Mythos zu sein. Einer unserer besten Graduatestudenten, geschickt und klug, Amerikaner im besten Sinne, Golfspieler, humorvoll, ein glücklicher junger Familienvater, ausserordentlich sprachbegabt, kommt beiläufig auf das Thema der Distanzlosigkeit in den hiesigen Umgangsformen. Er hätte nicht eingesehen, warum er seinen verehrten Coach vom Basketballteam hätte mit Vornamen ansprechen sollen; jener sei aufgrund der wichtigen Ratschläge «sein Herr» gewesen. So mache ich mich bei der Bemerkung, wir hätten eigentlich gelegentlich auf das vertraute Du wechseln können, auf Zurückhaltung gefasst, obwohl wir seit Jahren immer aufs beste zusammengearbeitet haben. Er meint denn auch, das wäre die erste Lüge, die zwischen uns passieren würde; wir seien doch nicht gleich; die Verschiedenheit im Rang, im Ausmass an Erfahrungen, im Wissen seien klar. Was sagen? Ihm erklären, ich hätte auch schon von Männern von viel grösserem Format, als ich es besitze, das Du angenommen, hätte wohl zu nichts geführt. Im Gebrauch der Personalpronomina und der Anredeformen sind die Kontinente allzu verschieden.

An einem regnerischen Wochentag wieder einmal im Gebiet der Amish in der Nähe von Lancaster, im Pennsylvania Dutch Country. Die Amish sind

meist Bauern, die sich von uns Sklaven des technischen Zeitalters aus religiösen Gründen separieren. Ihr Sektierertum macht sie in mancher Hinsicht freier als die Emanzipierten. Durch den Verzicht auf Autos, Motoren überhaupt und auf Elektrizität leben sie auch im 20. Jahrhundert unabhängig. Ihre Bevölkerungszahl nimmt momentan eher wieder zu, und vor kurzem musste ein Glaubensbruder in Maine Ausschau nach neuen Siedlungsgebieten halten. An diesem grauen Wochentag, da keine Touristen stören, scheinen fast noch mehr von den dunkeln Einspännern die Strassen zu bevölkern; es ist ein flinkes Hin und Her. Manchmal sieht man ein blondes Kind aus dem Kutschenschlag hervorgucken. – Trotz der üblichen Scheu gegenüber der Neugier der Weltkinder ist es meiner Frau gelungen, mit einer Amishfrau ins Gespräch zu kommen. Hannah Stoltzfuss, so heissen sicher Hunderte, freut sich, wieder einmal mit Auswärtigen «ihre Sprache» zu sprechen; ihr Dialekt ist ja dem unseren sehr ähnlich, und Frau Stoltzfuss hat denn auch recht solidarische Gefühle von einer gemeinsamen Herkunft. Ob sie aus Süddeutschland oder aus der Schweiz kam? Sie nimmt's nicht so genau und spricht von den Vorfahren im Schweizerwald.

Hans Bänziger

FERNGESEHENE LITERATUR

Ab und zu macht sich das Fernsehen daran, grosse Romane zu verfilmen. Verhältnismässig neue Beispiele dafür sind «*Deutschstunde*» von Siegfried Lenz und vor allem «*Der Stechlin*»

von Theodor Fontane. Es ist nicht anzunehmen, dass Übungen dieser Art allzu häufig ins Programm kommen; aber sie werden auch nicht gänzlich unterbleiben. Mir scheinen sie, wie die

erwähnten Beispiele und vor allem die TV-Version des «Stechlin» zeigen, selbst bei guten Voraussetzungen zum Scheitern verurteilt. Und zwar liegt der Grund im Medium selbst, im Fernsehen, das im Hinblick auf die Möglichkeiten der Literaturvermittlung noch immer nicht den ihm gemässen Weg gefunden zu haben scheint.

Da haben nun gute und zum Teil hervorragende Schauspieler, geführt von Regisseuren mit Fernseherfahrung, in mehrteiligen Sendefolgen Romanfiguren verkörpert. Kameraleute haben sich bemüht, Interieur und Landschaft der literarischen Vorlage einzufangen. Die Sorgfalt, mit der man sich in beiden Fällen um das Detail bemüht hat, bleibt anerkennenswert wie auch die Behutsamkeit, mit der die Bearbeiter aus der Erzählung ein Drehbuch gestaltet haben. Aber wer die «Deutschstunde» als Roman, wer vor allem den «Stechlin» gelesen hat und seine Leseerfahrung mit den Eindrücken vergleicht, die er von den Sendefolgen am Bildschirm hat, dem kommt der Verdacht, dass ferngesehene Literatur dieser Art ein Unding sei. Übrigens muss man hier deutlich zwischen Film und Fernsehen unterscheiden: die Atmosphärelosigkeit der Television ist wahrscheinlich unüberwindlich.

Ich kann hier nicht untersuchen, welches die Motive für den künstlerischen und materiellen Aufwand der beiden Sendefolgen waren. Wenn es darum ging, dem Fernsehpublikum grosse Literatur zu vermitteln, müsste man sich fragen, ob das denn nicht auf andere Weise, nämlich «fernsehgerechter» möglich wäre, etwa indem einzelne Kapitel vorgelesen, die Schauplätze im Bild gezeigt und allenfalls notwendige Anmerkungen beigelegt würden. Die

Präsentation könnte aufgelockert, sie könnte auch streng sein je nach dem Gegenstand, um den es sich handelt. Es gäbe wohl keine andere Regel als die, dass das literarische Werk der gezeigte Gegenstand und nicht lediglich die mehr oder weniger umsichtig behandelte Vorlage wäre.

Man wird entgegnen, hier seien eben Fernsehspiele erarbeitet worden, eigenständige Formen, in die man das Romangeschehen so getreu wie möglich, aber selbstverständlich nach den Gesetzen der Fernseh dramaturgie, transponiert habe. Ich bestreite auch gar nicht, dass in den beiden erwähnten Fällen wirklich Bemerkenswertes geleistet worden ist. Peter Beauvais hat die «Deutschstunde» mit Geschick verfilmt, Dieter Meichsner und Rolf Hädrich haben den «Stechlin» offensichtlich mit dem Bestreben ins Fernsehspiel umgesetzt, so weit wie möglich auch dem Wortlaut getreu zu inszenieren, sowohl was die Konversation als auch was die Kommentare und Schilderungen betrifft. Aber gerade da zeigt sich ein symptomatischer Effekt der Veränderung oder Verfälschung, der die Problematik ferngesehener Literatur dieser Art hinreichend verdeutlicht. Theodor Fontanes erzählende oder kommentierende Prosa erhält, selbst wenn sie noch so schönen Bildern «unterlegt» wird, eine vollkommen falsche Funktion zugewiesen. Es ist etwas ganz anderes, ob ein Vorleser spricht und die Einbildungskraft seiner Zuhörer mit Worten des Dichters anregt und leitet, oder ob zu farbigen Impressionen, zu stummen Szenen, zum Ritt der jungen Herren durch die Allee zum Beispiel, eben diese Prosa gleichsam noch als Legende von einem unsichtbaren Sprecher gesprochen wird. Noch schlimmer scheint mir

die Sache bei den Dialogen, weil Fontanes Konversationsstil eine Kunstform des Romanciers ist. Der Erzähler berichtet zwar oft und viel in direkter Rede, wie ein Gespräch verläuft und welche bemerkenswerten Äusserungen der alte Herr von Stechlin, der Pastor Lorenzen oder auch die Domina von sich geben. Aber nie ist das szenisch realisierbarer Dialog, schon aus Gründen seiner Raffung, seiner Konzentration auf charakteristische Wendungen und Ansichten nicht. Wenn die Schauspieler am Bildschirm Fontanes Dialog sprechen, reden sie nicht, sondern sie zitieren.

Denkbar wäre vielleicht, dass der Roman wirklich als Vorlage genommen wird, aus der etwas völlig Neues und Eigenständiges zu machen wäre mit den Mitteln eines völlig anderen Mediums. Dann freilich hätten wir es nicht mehr mit verfilmter oder ins Fernsehspiel verwandelter Literatur, sondern mit einem selbständigen Werk zu tun. Das wollte man hier nicht: man wollte Literatur vermitteln, indem man so viel wie nur möglich aus dem Original in die Szenenfolge einarbeitete. Statt Werktreue ergab sich daraus im Gegenteil die merkwürdigste Verzerrung. Nicht die Umstellung von Szenen, nicht die Verlagerung der Akzente und nicht die Zusätze und allzu lehrhaften Ergänzungen waren das Schlimmste, sondern die Verpflanzung der Sprache des Romans in ein Spiel, in dem sie einfach nicht mehr glaubhaft klingen wollte. Ich halte es durchaus für denkbar, dass hier vom Technischen und vom Medium her gesehen mustergültige Leistungen vorliegen; aber im Hinblick auf die Absicht, Lenz und Fontane authentisch zu vermitteln, war der Aufwand ohne das erwünschte Ergebnis.

Der Zuschauer erfährt zwar, was in «Deutschstunde» erzählt wird, er sieht, was an Vorgängen und Entscheidungen wichtig ist. Er wird über den Stoff, über die Handlung hinreichend informiert und mag im übrigen Eindrücke empfangen, die mehr oder weniger stark sein werden. Dem Leseerlebnis entsprechen sie nicht, so wenig wie dem, was den Geist und den Atem der Erzählung ausmacht, und ich denke, das sei am Ende so wichtig wie der blosse Stoff. Die Sendefolgen des «Stechlin» haben bestätigt, was Alfred Andersch einmal zu dem Ausspruch veranlasst hat, das Fernsehen sei das atmosphärelöseste Medium, das seit Erschaffung der Welt jemals zur Darbietung von Kunst erdacht worden sei. Nichts von dem, was den Charme des Fontaneschen Alterswerks ausmacht, wenn auch einiges wenigstens an Zeitcharakteristischem, an Kostüm und Lebensweise, konnte am Bildschirm vermittelt werden. Das Gut, die Mahlzeit, die Wahlversammlung der Konservativen, der Ausflug auf dem Dampfer zum Eierhäuschen –, es ist alles da in professioneller Perfektion, aber ohne Atmosphäre. Oder dann die Landschaft Schleswig-Holsteins in «Deutschstunde», die kreischenden Möwen, die alte Mühle, die Deiche und das Moor –, es fehlt am Ende nichts als eben das, was alle diese Einzelheiten zusammenhält. Ohne Verluste geht es auf diese Weise offenbar nicht. Sollte man es nicht anders versuchen? Sollte man nicht nach Möglichkeiten der Präsentation suchen, die das bedeutende literarische Werk nicht zur Vorlage degradieren, sondern zum vorgezeigten Gegenstand erheben?

Vielleicht wird man sagen, die Verluste – ohnehin nur von sogenannten

Kennern festzustellen – seien in Kauf zu nehmen wegen der grossen Zahl von Nichtlesern, die auf dem Weg über das Fernsehen mit bedeutenden Werken der Literatur bekanntgemacht werden. Wenn aber diese vielen Zuschauer

meinen sollten, sie wüssten jetzt, was der «Stechlin» sei, dann wären sie ganz einfach falsch informiert.

Anton Krättli

«Er ist gegen verblasste und hemmende Autorität, gegen Bildungslüge, Götzen- und Lippendienst; er setzt Tradition gleich mit dem matten Epigonentum seiner Tage, und dieses ist es wohl eigentlich, was er <tief-langweilig> findet, nicht Goethe. Seine Aufsässigkeit gegen die mechanische Veneration des Klassischen ist ein Ausdruck seines eigentümlichen, fast phänomenalen Altersradikalismus, der sich in den Briefen an Friedländer (und in den Briefen überhaupt) soviel rückhaltloser hervortut als in den Romanen.»

Thomas Mann

in: «Noch einmal der alte Fontane.» Schriften und Reden zur Literatur, Kunst und Philosophie, Band 3, Fischer Bücherei.